

Elternurlaub heisst nicht nur Kosten

Die Wirtschaftsstrukturen in Liechtenstein und der Schweiz seien sich ähnlich. Deshalb sollte es auch möglich sein, einen bezahlten Elternurlaub einzuführen, wenn in der Schweiz immer wieder Arbeitskräfte fehlen, die Militärdienst leisten, argumentiert die Freie Liste.

Von Richard Brunhart

Schaan. – Helen Konzett Bargetze und Claudia Heeb-Fleck von der Freien Liste wollen nicht bestreiten, dass es in verschiedenen Fällen für einen Arbeitgeber problematisch sein kann, wenn ein Arbeitnehmer Elternurlaub bezieht – was bei einer bezahlten Variante eher wahrscheinlich ist. Sie zeigten sich gestern an einer Pressekonferenz zum Postulat der Freien Liste zur Einführung eines bezahlten sechsmonatigen Elternurlaubs aber davon überzeugt, dass bei problematischen Personalsituationen Lösungen gefunden werden können, wenn der Wille dazu vorhanden ist. «Wenn man von Anfang an mit solchen Situationen rechnet, ist es möglich, damit umzugehen», sagte Claudia Heeb-Fleck.

Herausforderung bewältigbar

In anderen Ländern funktionieren ein bezahlter Elternurlaub schliesslich ebenfalls, führte Heeb-Fleck weiter aus. So anders sei die Wirtschaftsstruktur Liechtensteins auch nicht, sodass man argumentieren könnte, im Land herrschten ganz andere Voraussetzungen. Auch in anderen Ländern gebe es kleine und mittlere Unternehmen (KMU), für die es selbstverständlich eine grössere Herausforderung sei, den administrativen Aufwand zu bewältigen, als für grosse Betriebe. Doch insbesondere ein Vergleich mit der Schweiz – wo immer wieder Arbeitnehmer fehlen, weil sie Militärdienst leisten müssen – ist für die beiden Vertreterinnen der Freien Liste ein Indiz dafür, dass der Aufwand für KMU zu bewältigen wäre. Entsprechend schätzen sie eine Stellungnahme der Wirtschaftskammer (das «Vaterland» berichtete) als dramatisierend ein.

Gesamtwirtschaftlich sinnvoll

Zudem erwarten Helen Konzett Bargetze und Claudia Heeb-Fleck einen



Argumentieren für einen bezahlten Elternurlaub: Die stellvertretende FL-Landtagsabgeordnete Helen Konzett Bargetze und Claudia Heeb-Fleck, im Vorstand der FL zuständig für das Ressort Politik (v. l.).

Bild Daniel Ospelt

gesamtwirtschaftlichen Gewinn durch einen bezahlten Elternurlaub. Sie gehen insbesondere davon aus, dass die Erwerbsquote steigen und brachliegendes Humankapital damit besser ausgenutzt würde. Weiter argumentieren sie, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein bedeutender Standortfaktor sei. Zwar seien auch die Unternehmen dafür verantwortlich, sich als attraktive Arbeitgeber zu präsentieren. Einzelne grössere Un-

ternehmen in der Schweiz hätten von sich aus auch Vattertage eingeführt. Insbesondere bezüglich Elternurlaub sei aber der Staat gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, insbesondere um die Finanzierung zu regeln, erklärte Helen Konzett Bargetze.

Schliesslich soll diese familienpolitische Massnahme dem demographischen Wandel entgegenwirken. «Ein Land wie Liechtenstein kann nicht tatenlos zusehen, wie sich unsere De-

mographie entwickelt», sagte Claudia Heeb-Fleck. «Bezahlter Elternurlaub ist die einzig wirksame Massnahme, sie ist demographisch notwendig, sie ist volkswirtschaftlich sinnvoll und sie ist betriebswirtschaftlich handhabbar», fasste Heeb-Fleck die Argumente zusammen. Und diese wiegen nach Ansicht der Freien Liste schwerer als mögliche negative Effekte.

Finanzierung klären

Die Frage, zu deren Klärung die Regierung mittels des Postulats nun eingeladen werden soll, betrifft die Finanzierung. Wie Helen Konzett Bargetze ausführte, ist die Fragestellung sehr offen formuliert. Die Freie Liste habe sich aber doch Gedanken gemacht, um dem Vorwurf, nur zu fordern und nichts vorzulegen, vorzubeugen.

Dass es prinzipiell möglich wäre, würden vergleichbare Zahlen aus der Schweiz nahelegen. Bei einer Lohnfortzahlung in der Höhe von 80 Prozent – was der Lohnfortzahlung während des Mutterschutzes in Liechtenstein entspricht – müssten laut Konzett Bargetze Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 0,2 Prozent des Lohnes besteuern, um den bezahlten Elternurlaub vollständig über Beiträge zu finanzieren. Bei einem Lohn in der Höhe von 5000 Franken würde dies je 10 Franken für Arbeitgeber und Arbeitnehmer bedeuten, die beispielsweise in die Familienausgleichskasse FAK einbezahlt werden könnten. Die Mittel, die über das Kindergeld ausgeschüttet werden, seien viel höher, erklärt Konzett Bargetze, aber weniger zielgerichtet, als es ein bezahlter Elternurlaub wäre.

Krippenplätze bereitstellen

Will man die Erwerbsquote und gleichzeitig die Geburtenrate erhöhen, müssen aber auch entsprechende Strukturen zur Betreuung des Nachwuchses zur Verfügung stehen. Doch bei Krippenplätzen bestehen in Liechtenstein Engpässe. Wie Helen Konzett Bargetze ausführte, könnte ein bezahlter Elternurlaub in einem zentralen Bereich aber eine Entlastung bringen. Denn angespannt sei die Situation vor allem bei Krippenplätzen für Babys. Bei einem bezahlten Elternurlaub könnten die Kinder aber im ersten Jahr zu Hause betreut werden. Zudem müsse bei Babys mehr Betreuungspersonal zur Verfügung stehen.